



Institut suisse de droit comparé
Schweizerisches Institut für Rechtsvergleichung
Istituto svizzero di diritto comparato
Swiss Institute of Comparative Law

E-Avis ISDC 2017-014

TRAGEN VON *HEAD-UP-GLASSES* IM STRASSENVERKEHR

**Deutschland, Frankreich, Vereinigtes Königreich
sowie
US-Gliedstaaten Kalifornien und West Virginia**

Stand: 29.07.2016

Vorgeschlagene Zitierweise: J. Fournier / J. Curran / C. Viennet / K. T. Druckman,
Tragen von *Head-up-Glasses* im Strassenverkehr, Stand 29.07.2016,
E-Avis ISDC 2017-14, verfügbar unter www.isdc.ch.

Dieses Dokument darf ausschliesslich zu privaten Recherchezwecken heruntergeladen werden. Jegliche Vervielfältigung zu anderen Zwecken, ob als Ausdruck oder elektronisch, bedarf der Zustimmung des Instituts. Das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung lehnt jede Haftung aus einer anderweitigen als der akademischen Verwendung des Textes ab.

E-Avis ISDC

Série de publications électroniques d'avis de droit de l'ISDC / Elektronische Publikationsreihe von Gutachten des SIR / Serie di pubblicazioni elettroniche di pareri dell'Istituto svizzero di diritto comparato / Series of Electronic Publication of Legal Opinions of the SICL

ZUSAMMENFASSUNG – EXECUTIVE SUMMARY

Im Auftrag des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) und in Kooperation mit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) befasst sich dieses rechtsvergleichende Gutachten mit dem Tragen digitaler Brillen, sogenannter *Head-up Glasses*, im Strassenverkehr. Hierfür untersucht dieses Gutachten für die Rechtsordnungen Deutschlands, Frankreichs, der US-amerikanischen Gliedstaaten Kalifornien und West Virginia sowie des Vereinigten Königreichs, ob dieses Verhalten rechtlich geregelt ist oder ob eine solche Regelung geplant ist (Punkt 1.1.), welche anderen Vorschriften anwendbar sein könnten (Punkt 1.2.) und ob sich die Gerichts- oder Verwaltungspraxis bereits mit solchen Fällen auseinander gesetzt hat (Punkt 2.).

In **Deutschland** scheint das Tragen von *Head-up Glasses* im Strassenverkehr bisher nicht geregelt zu sein und eine solche Regelung auch nicht geplant zu sein. Die allgemeinen Vorschriften der Strassenverkehrsordnung ergeben jedoch, dass technische Geräte grundsätzlich erlaubt sind, sofern sie nicht die Sicht oder das Gehör der fahrenden Person beeinträchtigen. Wann dies der Fall ist, muss im Einzelfall entschieden werden. Fälle aus der Gerichts- oder Verwaltungspraxis zum Tragen von *Head-up Glasses* im Strassenverkehr sind uns nicht bekannt.

Auch in **Frankreich** scheint bisher eine ausdrückliche Regelung des Tragens von *Head-up Glasses* im Strassenverkehr weder zu existieren noch geplant zu sein. In den allgemeinen verkehrsrechtlichen Vorschriften (*Code de la route*) finden sich jedoch drei Normen, die das Tragen von *Head-up Glasses* im Strassenverkehr verbieten könnten. Am ehesten scheint hier das Verbot von Bildschirmen im Sichtfeld des Fahrers einschlägig zu sein, welches allerdings eine Ausnahme für Navigationshilfen vorsieht. Unsere Recherche hat keine Beispiele aus der Gerichts- oder Verwaltungspraxis zum Thema ergeben, insbesondere nicht, ob *Head-up Glasses* als Navigationshilfen ausnahmsweise erlaubt sein könnten.

Ebenso scheint es auch im **Vereinigten Königreich** bisher keine ausdrückliche Regelung des Tragens von *Head-up Glasses* im Strassenverkehr zu geben. Presseberichte über eine mögliche Gesetzesreform wurden nicht bestätigt. Mehrere Vorschriften des Strassenverkehrsgesetzes (*Road Traffic Act 1988*) könnten Anwendung finden. Insbesondere die Verbote des gefährlichen Fahrens sowie des unvorsichtigen und des rücksichtslosen Fahrens könnten einschlägig sein, da sie auch das Bedienen elektronischer Geräte betreffen. Uns sind jedoch keine Fälle aus der Gerichts- oder Verwaltungspraxis zum Thema bekannt.

Das Recht des US-amerikanischen Gliedstaates **Kalifornien** kennt bisher ebenfalls keine ausdrückliche Regelung über das Tragen von *Head-up Glasses* im Strassenverkehr und es scheint auch keine solche Regelung geplant zu sein. Das dortige Fahrzeuggesetz (*California Vehicle Code*) enthält jedoch drei Vorschriften, die in diesem Zusammenhang einschlägig sein könnten. Insbesondere das Verbot für den Fahrer sichtbarer Fernseh- oder Videoübertragungen scheint hier relevant. Auf dieser Grundlage wurde einer *Google Glass* tragenden Fahrerin ein Strafzettel erteilt. Das örtliche Verkehrsgericht hob diesen Strafzettel jedoch mangels Beweisbarkeit der tatsächlichen Benutzung der *Google Glass* wieder auf.

Im US-amerikanischen Gliedstaat **West Virginia** schliesslich wurde ein Vorschlag zur rechtlichen Regelung des Tragens von *Head-up Glasses* eingebracht (*West Virginia House Bill 3057*), allerdings noch nicht angenommen. Demnach sollten tragbare Computer mit kopfgestütztem Bildschirm beim Fahren verboten werden. Ein Verstoß gegen dieses Verbot sollte mit einer jeweils steigenden Geldbusse bestraft werden. In den derzeit gültigen Gesetzen gibt es zudem verschiedene relevante Vorschriften, von welchen insbesondere das Verbot bewegter Bilder im Sichtfeld des Fahrers von Interesse ist.

Jedoch muss es sich hierbei um ein Fernseh- oder Videogerät handeln, mit welchem das Fahrzeug ausgestattet ist. Einschlägige Fälle aus der Gerichts- oder Verwaltungspraxis sind uns nicht bekannt.

INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG – EXECUTIVE SUMMARY	2
INHALTSVERZEICHNIS	4
I. SACHVERHALT	5
II. FRAGEN	6
III. ANALYSE	7
A. DEUTSCHLAND	7
1. (Geplante) Rechtliche Regelung	7
1.1. Spezifische Regelung des Tragens von <i>Head-up Glasses</i> im Strassenverkehr	7
1.2. Andere auf das Tragen von <i>Head-up Glasses</i> im Strassenverkehr anwendbare Vorschriften. 7	
2. Gerichts- und Verwaltungspraxis	8
B. FRANKREICH	9
1. Règlementation (prévüe)	9
1.1. Règles spécifiques au port de lunettes numériques dans la circulation routière	9
1.2. Autres règles s’appliquant au port de lunettes numériques dans la circulation routière	9
2. Pratique des tribunaux et de l’administration	11
C. VEREINIGTES KÖNIGREICH	12
1. (Planned) Regulation	12
1.1. Specific rules for wearing head-up glasses in traffic	12
1.2. Other rules applicable to wearing head-up glasses in traffic	12
2. Judicial and administrative practice	15
D. VEREINIGTE STAATEN (KALIFORNIEN)	16
1. (Planned) Regulation	17
1.1. Specific rules for wearing head-up glasses in traffic	17
1.2. Other rules applicable to wearing head-up glasses in traffic	17
2. Judicial and administrative practice	18
3. Annex	18
E. VEREINIGTE STAATEN (WEST VIRGINIA)	21
1. (Planned) Regulation	21
1.1. Specific rules for wearing head-up glasses in traffic	21
1.2. Other rules applicable to wearing head-up glasses in traffic	21
2. Judicial and administrative practice	22
3. Annex	22
IV. VERGLEICHENDE BEMERKUNGEN	25
1. Tabellarische Übersicht	25
2. Bemerkungen	29

I. SACHVERHALT

Im Zusammenhang mit einem [Postulat](#) des Ständerats T. Hefti beauftragte das Bundesamt für Strassen (ASTRA) die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), Forschungsschwerpunkt Verkehrs- und Sicherheitspsychologie, einen Bericht zu erstellen, der die Auswirkungen von digitalen Brillen (*Head-up Glasses*) untersuchen soll. Dieser Bericht soll sich in erster Linie mit verkehrspsychologischen Auswirkungen des Tragens von *Head-up Glasses* im Strassenverkehr befassen. Gleichzeitig hat das ASTRA das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung (SIR) beauftragt, einen internationalen Vergleich einschlägiger Rechtsvorschriften zu erstellen.

II. FRAGEN

Das rechtsvergleichende Gutachten untersucht die rechtliche Regelung des Tragens von *Head-up Glasses* im Strassenverkehr in Deutschland, Frankreich, in den US-amerikanischen Gliedstaaten Kalifornien und West Virginia sowie im Vereinigten Königreich. Sofern im jeweiligen Land keine entsprechende rechtliche Regelung existiert, sollen Fälle aus der Gerichts- oder Verwaltungspraxis, Gesetzesentwürfe und -projekte dargestellt werden. Subsidiär kann das SIR anhand bestehender Gesetze und Rechtspraxis auch Vermutungen anstellen, wie ein solcher Fall von einem Gericht oder der Verwaltung im entsprechenden Land behandelt würde.

1. Welche rechtlichen Regelungen finden auf das Tragen von *Head-up Glasses* im Strassenverkehr Anwendung oder wie soll dies geregelt werden?
 - 1.1. Welche Regelungen gibt es oder werden diskutiert, die sich konkret mit dem Tragen von *Head-up Glasses* im Strassenverkehr befassen?
 - 1.2. Welche anderen Regelungen, die sich nicht spezifisch auf *Head-up Glasses* beziehen, finden (vermutlich) auf das Tragen von *Head-up Glasses* im Strassenverkehr Anwendung?
2. Wie geht die Gerichts- und/oder Verwaltungspraxis mit Fällen um, in denen eine Person *Head-up Glasses* im Strassenverkehr getragen hat?

III. ANALYSE

A. DEUTSCHLAND

1. (Geplante) Rechtliche Regelung

Das Tragen von *Head-up Glasses* im Strassenverkehr ist in Deutschland bisher **weder geregelt noch scheint eine solche Regelung geplant** zu sein. Zwar gibt es in der Fachliteratur einige Beiträge, die sich mit *Head-up Glasses* befassen, diese betreffen jedoch lediglich Fragen des Datenschutzrechts beispielsweise wie insbesondere beim Filmen anderer Personen ohne deren Wissen mittels einer in *Head-up Glasses* integrierten Kamera.

Auch in der **Gerichts- und Verwaltungspraxis** scheint es bisher **keine Vorkommnisse** in diesem Zusammenhang gegeben zu haben. Es finden sich auch keine vergleichbaren Fälle.

Wir können lediglich **vermuten**, dass das **Tragen von *Head-up Glasses* im Strassenverkehr erlaubt** ist, **sofern es nicht die Sicht oder das Gehör der fahrenden Person beeinträchtigt**. Wann dies gegeben ist, hängt vom jeweiligen **Einzelfall** ab.

1.1. Spezifische Regelung des Tragens von *Head-up Glasses* im Strassenverkehr

Derzeit existiert im deutschen Recht **keine Regelung**, die sich mit dem Tragen von *Head-up Glasses* im Strassenverkehr beschäftigt.

Nach unserer Recherche scheint eine solche Vorschrift **auch nicht in Planung** zu sein. Insbesondere werden in der Fachliteratur zwar vereinzelt die datenschutzrechtlichen Aspekte des Tragens von *Head-up Glasses* behandelt,¹ die Verwendung im Strassenverkehr scheint in der Fachliteratur bisher jedoch nicht Thema zu sein. Es finden sich lediglich einzelne Artikel in der Presse, die jedoch kaum auf die rechtlichen Aspekte des Themas eingehen.²

1.2. Andere auf das Tragen von *Head-up Glasses* im Strassenverkehr anwendbare Vorschriften

Wir können lediglich **vermuten**, welche Regelungen auf das Tragen von *Head-up Glasses* Anwendung finden könnten.

¹ Siehe hierzu insbesondere C. Solmecke & S. Kocatepe, Google Glass – Der Gläserne Mensch 2.0: Die neueste technische Errungenschaft – ein Fluch oder eine Herausforderung?, Zeitschrift für Datenschutz (ZD) 2014, S. 22 ff.; T. Schwenke, Google Glass: Eine Herausforderung für das Recht, Kommunikation & Recht 2013, S. 685 ff.

² Siehe hierzu insbesondere B. Bockholdt, Google Glass im Auto: In Deutschland total legal, CURVED.de vom 13.02.2014, verfügbar unter <https://curved.de/news/google-glass-im-auto-in-deutschland-total-legal-19342> (02.06.2016); FOCUS Online vom 02.08.2013, Datenbrillen-Verbot am Steuer: Google Glass kann Autofahrer stören, verfügbar unter http://www.focus.de/auto/news/datenbrillen-verbot-am-steuer-google-glass-kann-autofahrer-stoeren_aid_1060941.html (02.06.2016); H. Lübbühren, Google Glass: Mit der Datenbrille am Lenkrad, ZEIT ONLINE vom 07.01.2014, verfügbar unter <http://www.zeit.de/mobilitaet/2014-01/google-glass-autofahrer> (02.06.2016); SPIEGEL ONLINE vom 10.04.2015, Datenbrille für Autofahrer: Von BMW gibt's was auf die Nase, verfügbar unter <http://www.spiegel.de/auto/aktuell/bmw-entwickelt-datenbrille-fuer-autofahrer-a-1027901.html> (02.06.2016).

§ 23 der Strassenverkehrsordnung befasst sich mit den „[s]onstige[n] Pflichten von Fahrzeugführenden“. Ein Verstoß gegen die nachfolgend dargestellten Vorschriften des § 23 Strassenverkehrsordnung stellen **Ordnungswidrigkeiten** im Sinne des Ordnungswidrigkeitengesetzes dar³ und können daher mit einer Geldbusse von mindestens fünf, höchstens 1'000 EUR belangt werden.⁴ Strafpunkte scheinen diese Verstöße nicht nach sich zu ziehen.⁵

In den Absätzen 1a und 1b finden sich **Spezialregelungen** für das Benutzen von **Mobil- und Autotelefonen** (1a) sowie das Betreiben oder betriebsbereit Mitsichführen von **technischen Geräten, die dazu bestimmt sind, Verkehrsüberwachungsmassnahmen anzuzeigen** oder zu stören (1b). Eine Spezialregelung für andere Geräte wie beispielsweise Navigationsgeräte scheint es jedoch nicht zu geben.

Eine **allgemeine Regelung** findet sich allerdings in Absatz 1 der Norm. Demnach ist der Fahrzeugführer **„dafür verantwortlich, dass seine Sicht und das Gehör nicht durch [...] Geräte [...] beeinträchtigt werden.“** In der Literatur finden sich zwar zum Teil nähere Erläuterungen zu dieser Vorschrift,⁶ jedoch hat unsere Recherche keinen mit *Head-up Glasses* vergleichbaren Fall ergeben. Die Rechtsprechung hat allerdings schon mehrere Fälle entschieden, in denen es um das **Verwenden eines Mobiltelefons als Navigationsgerät** ging. In diesen Fällen haben die Gerichte jeweils entschieden, dass auch bei einer solchen Verwendung das in § 23 Absatz 1a Strassenverkehrsordnung geregelte Verbot des Benutzens von Mobiltelefonen beim Führen des Fahrzeugs greift.⁷ Gleichzeitig hat unsere Recherche keine Rechtsprechung dazu gefunden, inwiefern Navigationsgeräte die Sicht oder das Gehör beeinträchtigen.

Aus dem verfassungsrechtlichen Analogieverbot in Artikel 103 Grundgesetz⁸ ergibt sich ausserdem, dass Straftatbestände nicht entgegen ihrem Wortlaut auf andere Sachverhalte erweitert werden dürfen. **Daraus lässt sich schliessen**, dass technische Geräte **grundsätzlich erlaubt** sind, sofern sie nicht ausdrücklich in den Spezialregelungen der Absätze 1a und 1b genannt sind und sofern sie **nicht die Sicht oder das Gehör der fahrenden Person beeinträchtigen**.

Offen bleibt allerdings die Frage, wann ein technisches Gerät die Sicht oder das Gehör beeinträchtigt. Dies zu entscheiden obliegt im jeweiligen Einzelfall dem zuständigen Richter. Dieser kann im Rahmen seiner Meinungsbildung das betroffene Gerät und Fahrzeug selbst in Augenschein nehmen und/oder einen Sachverständigen beauftragen.⁹

2. Gerichts- und Verwaltungspraxis

Unsere Recherche hat keine Fälle aus der Gerichts- und/oder Verwaltungspraxis ergeben, die *Head-up Glasses* oder vergleichbare Sachverhalte betreffen.

³ § 49 Abs. 1 Nr. 22 Strassenverkehrsordnung (StVO).

⁴ § 17 Abs. 1 Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG).

⁵ Vgl. § 40 in Verbindung mit Anlage 13 Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) in Verbindung mit der Anlage zur Bußgeldkatalog-Verordnung (BkatV).

⁶ Siehe hierzu insbesondere R. Heß, in M. Burmann *et al.*, Straßenverkehrsrecht: Kommentar, 24. Aufl. München 2016, § 23 StVO, Rn. 1 ff.; M. Quarch & B. Krenberger, in K.-L. Haus *et al.*, Gesamtes Verkehrsrecht, 1. Aufl. Baden-Baden 2014, § 23 StVO, Rn. 4 ff.

⁷ Oberlandesgericht (OLG) Köln, Beschluss vom 26.06.2008 – 81 Ss-OWi 49/08; OLG Hamm, Beschluss vom 18.02.2013 – III-5 RBs 11/13; OLG Hamm, Beschluss vom 15.01.2015 – 1 RBs 232/14; OLG Hamburg, Beschluss vom 28.12.2015 – 2-86/15.

⁸ Art. 103 Abs. 2 Grundgesetz (GG).

⁹ § 86 Strafprozessordnung (stopp) für Augenscheinnahme, § 73 StPO für Sachverständige.

B. FRANKREICH

1. Règlementation (prévue)

1.1. Règles spécifiques au port de lunettes numériques dans la circulation routière

Il n'existe **pas de norme spécifique** au port de lunettes numériques dans la circulation routière et une telle norme n'est pas envisagée à l'heure actuelle.

1.2. Autres règles s'appliquant au port de lunettes numériques dans la circulation routière

Nos recherches n'ont **pas** permis d'identifier une **décision** appliquant une norme au port de lunettes numériques dans la circulation routière.

Pour cette raison, nous émettons les hypothèses suivantes.

L'article R. 412-6-2 du Code de la route¹⁰ pourrait être appliqué au port de lunettes numériques. Cette disposition **interdit de « placer dans le champ de vision du conducteur d'un véhicule en circulation un appareil en fonctionnement doté d'un écran », à moins qu'il ne constitue une aide à la conduite ou à la navigation**. La violation de cette disposition est punie d'une amende pénale de 1'500 € maximum, de la confiscation de l'appareil, et du retrait de trois points sur le permis de conduire¹¹. Cette disposition fut créée en réponse à la pratique de conducteurs qui regardaient la télévision ou jouaient à des jeux vidéo tout en conduisant. Ainsi, les lunettes numériques n'étaient pas spécifiquement visées par le législateur de 2008¹².

Dans la mesure où des lunettes numériques seraient équipées d'un dispositif susceptible d'émettre du son et porté sur l'oreille, l'article R. 412-6-1 du Code de la route¹³ pourrait encore trouver application. Cet article **interdit « le port à l'oreille, par le conducteur d'un véhicule en circulation, de tout dispositif susceptible d'émettre du son, à l'exception des appareils électroniques correcteurs de surdité »**. Le non-respect de cette disposition est punissable d'une amende pénale de 750 € maximum. Cette disposition fut créée en réponse au développement du téléphone portable et à son utilisation par les conducteurs de véhicule en circulation. Ainsi, les lunettes numériques n'étaient pas spécifiquement visées par le législateur de 2003¹⁴.

¹⁰ Code de la route, article R. 412-6-2, disponible sous : https://www.legifrance.gouv.fr/affichCodeArticle.do;jsessionid=142F082FD72FC2DC31192E5119DE712C.tpdila11v_1?idArticle=LEGIARTI000025111520&cidTexte=LEGITEXT000006074228&dateTexte=20160519 (19.05.2016).

¹¹ Un permis de conduire français est composé d'un capital de 12 points (seulement 6 points les 2 ou 3 premières années). La violation de certaines dispositions du Code de la route est punie par le retrait d'un ou de plusieurs points. Le conducteur peut récupérer des points, sous conditions. Lorsqu'il n'y a plus de points sur un permis de conduire, ce dernier est retiré à son titulaire.

¹² L. Desessard & M. Massé, Commentaire de l'article R. 412-6-2, in E. Allain (éd.), Code de la route, Dalloz, 14^{ème} éd., Paris 2014, p. 572.

¹³ Code de la Route, article R. 412-6-1, disponible sous : https://www.legifrance.gouv.fr/affichCodeArticle.do;jsessionid=142F082FD72FC2DC31192E5119DE712C.tpdila11v_1?idArticle=LEGIARTI000030800800&cidTexte=LEGITEXT000006074228&dateTexte=20160519 (19.05.2016).

¹⁴ Desessard & Massé, Commentaire de l'article R. 412-6-2, *op. cit.*, p. 572.

Outre les deux incriminations spécifiques susmentionnées, une incrimination générale apparaît également pertinente¹⁵.

En effet, la disposition générale prévue à l'article R. 412-6 du Code de la route¹⁶ pourrait trouver à s'appliquer, dans la mesure où elle pose, pour le conducteur, **une obligation générale de « se tenir constamment en état et en position d'exécuter commodément et sans délai toutes les manœuvres qui lui incombent [...] [,] son champ de vision ne [doit] pas être réduit par [...] des objets transportés »**. La violation de cette disposition est punissable d'une amende pénale de 150 € maximum.

Le port de lunettes numérique dans la circulation routière n'ayant pas encore fait l'objet de discussions, plusieurs questions restent en suspens.

Dans l'hypothèse où l'incrimination posée à l'article R. 412-6-2 du Code de la route serait applicable, nous nous interrogeons sur **le cas de l'utilisation des lunettes numériques comme aide à la conduite ou à la navigation**. Comme cela a été exposé dans la présente section 1.2., l'article R. 412-6-2 du Code de la route prévoit que, s'il est interdit de placer un écran dans le champ de vision du conducteur, un tel écran est autorisé, par exception, s'il est utilisé comme aide à la conduite ou à la navigation. Dans ces circonstances, on peut s'interroger sur la question de savoir si l'exception à l'interdiction de placer un écran dans le champ de vision du conducteur pourrait être valablement invoquée pour les lunettes numériques.

Si l'exception à l'interdiction de la présence d'un écran dans le champ de vision du conducteur pouvait être valablement invoquée, **le problème de la preuve** de l'usage des lunettes numériques comme aide à la conduite ou à la navigation persisterait.

En outre, l'article R. 412-6-2 du Code de la route interdit la présence, dans le champ de vision du conducteur, d'un **écran en fonctionnement**. Ainsi, la difficulté de démontrer que l'écran était en fonctionnement pendant la conduite du véhicule existe également.

Il est par ailleurs possible d'envisager que l'article R. 412-6-2 du Code de la route, incrimination spécifique créée en réponse à la pratique de conducteurs regardant la télévision ou jouant à des jeux vidéo tout en conduisant, ne soit pas jugé applicable au port de lunettes numériques. Dans cette hypothèse, la **disposition générale** obligeant un conducteur à se tenir constamment en état d'exécuter commodément et sans délai toutes les manœuvres qui lui incombent (article R. 412-6 du Code de la route), voire la **disposition interdisant le port à l'oreille de dispositifs susceptibles d'émettre un son** (article R. 412-6-1 du Code de la route), pourraient permettre la condamnation du conducteur utilisateur de lunettes numériques, même si elles étaient utilisées comme aide à la conduite ou à la navigation.

¹⁵ Les comportements incriminés aux articles R. 412-6-1 et R. 412-6-2 du Code de la route pouvaient déjà, avant l'adoption de ces deux articles, être sanctionnés sur le fondement de l'incrimination générale de l'article 412-6 du Code de la route. Cette incrimination générale ayant été jugée insuffisante, les articles R. 412-6-1 et R. 412-6-2 du Code de la route ont été introduits ; ils punissent plus sévèrement les comportements spécifiques qu'ils incriminent. Desessard & Massé, Commentaire de l'article R. 412-6-2, *op. cit.*, p. 572.

¹⁶ Code de la route, article R. 412-6, disponible sous : https://www.legifrance.gouv.fr/affichCodeArticle.do;jsessionid=4340D87808BD8DAD3380171E7A77FB66.tpdila11v_1?idArticle=LEGIARTI000019277061&cidTexte=LEGITEXT000006074228&dateTexte=20160519 (19.05.2016).

2. Pratique des tribunaux et de l'administration

D'après nos recherches, **aucune décision judiciaire ou administrative** portant sur les lunettes numériques n'a encore été prise¹⁷.

¹⁷ Recherches effectuées parmi les données disponibles sur www.legifrance.gouv.fr, www.doctrine.fr et toutes les ressources électroniques auxquelles l'Institut suisse de droit comparé a souscrit: www.doctrinalplus.fr, www.dalloz.fr, www.lexisnexis.com, www.lamyline.lamy.fr, www.nouveau.site.lexbase.fr, www.lextenso.fr. Mots clés utilisés : head(s)-up glass(es), smartglass, smart glass, head mounted display, Google glass, wearable computer, wearable device(s), lunettes numériques, lunettes électroniques, lunettes connectées, accessoire connecté, lunettes de réalité augmentée.

C. VEREINIGTES KÖNIGREICH

1. (Planned) Regulation

1.1. Specific rules for wearing head-up glasses in traffic

There are **no specific regulations** targeted at the wearing of head-up glasses whilst driving.

Various news articles¹⁸ from 2013 reported that the UK Government's Department for Transport had been in discussions with police, *"to ensure that individuals do not use this technology while driving."* There are **no indications that the UK Government has intended to introduce targeted legislation** such as that which exists in relation to hand-held mobile phone use, but rather that police should be clear that existing road traffic offences may be committed¹⁹ in circumstances where such electronic equipment is used while driving.

It was subsequently reported by the *Sunday Times* in early 2014²⁰ that the **Department for Transport had softened its approach and was in talks with Google** to discuss how such technology could be used by drivers. Google, a spokesperson for the Department of Transport said, *"are anxious their products do not pose a road safety risk and are currently considering options to allow the technology to be used in accordance with the law."*

No further information is available from the Department for Transport. It may therefore be concluded that although there are currently no plans to introduce a complete prohibition on the use of head-up glasses while driving, **drivers who operate such equipment will still be at risk of violating existing general road traffic laws** (see below).

1.2. Other rules applicable to wearing head-up glasses in traffic

The Department for Transport has been reported as saying: *"A range of offences and penalties already exist to tackle those drivers who do not pay proper attention to the road including careless driving..."*²¹

In the absence of legislation specifically targeted at the use of head-up glasses by drivers, there are a **number of road traffic offences which may potentially be relied on by law enforcement authorities** to prosecute or penalise a driver whose use of such equipment is said to have affected his or her concentration.

The Road Traffic Act 1988 ("RTA 1988")²² contains the principal road traffic offences to be found under UK law. In the absence of an accident caused by the wearing of such equipment which results in fatality

¹⁸ See Wired.co.uk, *UK government bans Google Glass use while driving*, 31st July 2013, available at <http://www.wired.co.uk/news/archive/2013-07/31/google-glass-banned-driving-uk> (27.04.2016), Stuff.tv, *UK Government in discussion to outlaw Google Glass for drivers*, 31st July 2013, available at <http://www.stuff.tv/news/exclusive-uk-government-in-discussion-outlaw-google-glass-drivers> (27.04.2016).

¹⁹ See section 1.2. of this country report, below.

²⁰ Sunday Times, *Google Glass for drivers: smart specs set to be allowed in cars*, 5th January 2014, available at <http://www.driving.co.uk/news/google-glass-for-drivers-smart-specs-set-to-be-allowed-in-cars/> (27.04.2016).

²¹ See comments made to Stuff.tv for article *UK Government in discussion to outlaw Google Glass for drivers*, 31st July 2013, *op. cit.*

²² Road Traffic Act 1988, available at <http://www.legislation.gov.uk/ukpga/1988/52/contents> (02.05.2016).

or injury to another (and which could lead to the more serious charges of causing death by dangerous driving or causing serious injury by dangerous driving), **the most likely offences with which a driver using head-up glasses could potentially be prosecuted** are, in the view of the author of this report, the following:

- *Dangerous driving*;²³
- *Driving without due care and attention* (also known as careless driving) or *Driving without reasonable consideration for other persons using the road or place*;²⁴

The offence of *Dangerous driving* under section 2 of the RTA 1988 is committed when a person's standard of driving falls *far* below what would be expected of a competent and careful driver and it would be obvious to a competent and careful driver that driving in that way would be dangerous. It attracts a monetary fine and/or up to 2 years' imprisonment. Additionally, the court must disqualify the driver from driving for at least a year and order an extended retest.²⁵ According to **guidance on prosecuting cases of bad driving published by the Crown Prosecution Service ("CPS")**,²⁶ one of the examples of circumstances that are likely to be characterised as dangerous driving is:²⁷

"driving whilst avoidably and dangerously distracted such as whilst reading a newspaper/map, talking to and looking at a passenger, selecting and lighting a cigarette or by adjusting the controls of electronic equipment such as radio, hands-free mobile phone or satellite navigation equipment."

With reference to case law,²⁸ a further example provided by the CPS guidance is that of using a hand-held mobile phone or other hand-held electronic equipment where the driver is unavoidably and dangerously distracted by that use.

The offences of *Driving without due care and attention* and *Driving without reasonable consideration for other persons using the road or place* under section 3 of the RTA 1988 are not as serious as *Dangerous driving*. The former is committed when the defendant's driving falls below the standard expected of a competent and careful driver, and the latter offence requires that other persons are inconvenienced by the manner of the defendant's driving. Both attract monetary fines (but not imprisonment) and an automatic imposition of between 3 and up to 9 penalty points²⁹ as well the possibility of disqualification from driving for a fixed period. As with *Dangerous driving*, in its

²³ RTA 1988, *op. cit.*, section 2.

²⁴ RTA 1988, *op. cit.*, section 3.

²⁵ Road Traffic Offenders Act 1988, available at <http://www.legislation.gov.uk/ukpga/1988/53/contents>, section 36.

²⁶ The Crown Prosecution Service is the principal public prosecuting agency for conducting criminal prosecutions in England and Wales.

²⁷ Crown Prosecution Service, *Road Traffic Offences – Guidance on Charging Offences arising from Driving Incidents*, available at http://www.cps.gov.uk/legal/p_to_r/road_traffic_offences_guidance_on_prosecuting_cases_of_bad_driving/#a29 (02.05.2016).

²⁸ *R v. Browning* [2001] England and Wales Court of Appeal Criminal Court 1831; *R v. Payne* [2007] England and Wales Court of Appeal Criminal Court 157.

²⁹ If a driver has 12 penalty points within a three-year period, they could be disqualified by the court for at least six months. Under the Road Traffic (New Drivers) Act 1995, a driver will have their licence revoked by the Driver and Vehicle Licensing Agency: Department for Transport, *A consultation on changes to the Fixed Penalty Notice and penalty points for the use of a hand-held mobile phone whilst driving*, January 2016, available at https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/494672/hand-held-mobile-phone-driving.pdf (03.05.2016).

examples of what will typically be regarded as careless driving, the CPS guidance again refers to the use of a hand-held mobile phone or other hand-held electronic equipment where the driver is distracted by that use.

The **charge to be applied depends on the degree to which the standard of driving fell below that required**, and, as pointed out by the CPS guidance, the circumstances of each case will be unique.

In the absence of any offence targeted specifically at the use of head-up glasses whilst driving, it is, in the view of the author of this country report, **very likely that any of the above offences may be relied on to prosecute bad driving which arises from or is linked to the use of such a head-set**. The exact charge to be applied will depend on the extent to which driving has fallen below acceptable standards. Unlike the use of hand-held equipment however, we do not consider that the wearing of head-up glasses, alone, would be treated as a typical indicator of dangerous or careless driving. Some technology commentators point out that *Google Glass*, for example, with its voice control capabilities and minimal obstruction to vision do not make it any more distracting than looking at a windscreen satellite navigation system.³⁰ Certainly, as a distraction which does not necessarily require drivers to take a hand off the steering wheel, it cannot automatically be put in the same category as hand-held mobile phones. Nevertheless, its advanced capabilities permitting hands-free internet searches, for example, can amount to a significant distraction which give it the potential to fall squarely within the types of typical factors associated with dangerous or careless driving.

Finally, it should also be noted that **since 2003, it has been illegal to use a hand-held mobile phone whilst driving**. According to the CPS guidance, this offence will be relied on as an alternative to the offences discussed above where it is the only relevant aspect of the case. Although parallels may be drawn with head-up glasses, section 41D(b) of the RTA 1988, which contains the ban on the use of mobile telephones while driving, specifically refers to, “*a hand-held mobile telephone or other hand-held interactive communication device*.”³¹ This provision could not therefore be relied on to regulate the use of head-up glasses, which are not, by definition, “hand-held”.³²

Section 41D(a) of the RTA 1988 also makes it **an offence for a person to drive a motor vehicle, “in a position which does not give proper control or a full view of the road and traffic ahead...”** to the extent that the person is also contravening or failing to comply with what is known as a, “construction and use requirement”.³³ It is unlikely, in the view of the author of this report, that without proof that control of the vehicle or a full view of the road is also compromised, such offence could be consistently relied on to successfully prosecute cases of drivers who wear head-up glasses while driving. The Crown Prosecution Service guidance on prosecuting cases of bad driving does not refer to this particular offence, and instead suggests that prosecution of drivers who cause danger as a result of such types of distractions are more likely to be pursued under the more broadly-framed offences discussed above.

³⁰ See Will Findlater, *Has the Government got this wrong?* In Stuff.tv, *UK Government in discussion to outlaw Google Glass for drivers*, *op. cit.*

³¹ RTA 1988, *op. cit.*, section 41D.

³² A “hand-held” mobile telephone or device is further described in the Road Vehicles (Construction and Use) Regulations 1986/1078 (no up to date online version is available other than through subscription services) as meaning where, “*it is, or must be, held at some point during the course of making or receiving a call or performing any other interactive communication function.*”

³³ Construction and use requirements, contained in secondary legislation, the *Road Vehicles (Construction and Use) Regulations 1986/1078*, include that “*no person shall drive or cause or permit any other person to drive, a motor vehicle on a road if he is in such a position that he cannot have proper control of the vehicle or have a full view of the road and traffic, ahead.*”

Both offences under section 41D are listed under the *Road Traffic Offenders Act 1988*³⁴ as offences for which a ***fixed penalty notice ("FPN") may be issued by the police – as an alternative to prosecution before the courts*** – in situations which are not deemed serious enough to proceed with criminal charges. A FPN currently incurs a £100 fixed penalty and 3 penalty points.³⁵ It is, in the view of the author of this country report, likely that, should the UK Government choose to introduce legislation designed to prohibit the use of head-up glasses whilst driving, it would also be added to the list of offences for which a FPN may be issued as an alternative to criminal prosecution.

2. Judicial and administrative practice

There are no known examples of legal or other cases having addressed the wearing of head-up glasses whilst driving.

³⁴ *Op. cit.*, section 51 and column 1 of Schedule 3 (as updated from time to time).

³⁵ Department for Transport, *A consultation on changes to the Fixed Penalty Notice and penalty points for the use of a hand-held mobile phone whilst driving*, *op. cit.*, p.5. This is currently being considered by the Government for an increase to £150.

D. VEREINIGTE STAATEN (KALIFORNIEN)

Generally speaking, legislation restricting or prohibiting the use of Google Glass or Head-up Glasses tends to fall within the prohibition or restriction of practices which are dangerous because they distract a driver from the road. With respect to distracted driver laws, according to the Governor's Highway Safety Association, 14 states ban hand-held cell phone use, 38 states and D.C. ban all cell phone use by novice drivers and 46 states ban text messaging while driving.³⁶ There may also be additional distracted driving prohibitions in local jurisdictions. All such legislation is a part of the relevant Motor Vehicle law in the respective state.

There has been much discussion concerning these issues and many attempts to ban the use of these devices while driving,³⁷ however Google appears to have successfully lobbied against such legislation.³⁸ Although several states have introduced legislation on the subject, very few of them have become law.³⁹

Most of the specific legislation that has been proposed refers to "head-mounted computers" and prohibits the "use" of such devices while operating a motor vehicle. These proposed statutes present two major problems. First, they would fail to prohibit smart watches and other technology (which, presumably would present the same risks for a driver). Second, banning "use" of these devices may render the law unenforceable as producing evidence that would prove "beyond a reasonable doubt"⁴⁰ that the driver was actually using a prohibited function of the device while driving, as opposed to simply wearing the glasses, will be difficult if not impossible. Professor Gershowitz has therefore suggested an all-encompassing two-part bill that would ban a person from operating a vehicle "while wearing a wireless electronic communication device" or "while using a wireless electronic communication device."⁴¹

³⁶ For more specific information, see chart at http://www.ghsa.org/html/stateinfo/laws/cellphone_laws.html (26.07.2016).

³⁷ Wyoming Legislative Service Office Fact Sheet "Proposed legislation prohibiting wearable electronic devices while driving" available at <https://legisweb.state.wy.us/LSOResearch/2014/14FS004.pdf> (26.07.2016).

³⁸ C. Farivar, "Google fights back against proposed bans of Google Glass while driving", Ars Technica, 25.2.2014, available at <http://arstechnica.com/tech-policy/2014/02/google-fights-back-against-proposed-bans-of-google-glass-while-driving/> (26.07.2016).

³⁹ E.g. Illinois (see <https://legiscan.com/IL/text/SB0068/2015>, <https://legiscan.com/IL/text/HB5961/2015> and <https://legiscan.com/IL/text/SB2508/2015>), Maine (see <http://legislature.maine.gov/legis/bills/getPDF.asp?paper=HP0807&item=3&snun=127> and <https://legiscan.com/ME/text/LD1175/2015>), Massachusetts (see <https://legiscan.com/MA/text/H2951/2015> and <https://legiscan.com/MA/text/S2093/2015>), New Jersey (see <https://legiscan.com/NJ/text/A2677/2016>), New York (see <https://legiscan.com/NY/bill/A02729/2015>, <https://legiscan.com/NY/bill/A03490/2015>, <https://legiscan.com/NY/text/S04652/2015>, http://assembly.state.ny.us/leg/?default_fld=&leg_video=&bn=A08496&term=2013&Summary=Y&Actions=Y&Floor%26nbspVotes=Y&Text=Y, <https://legiscan.com/NY/text/A04879/2015>, <https://legiscan.com/NY/text/S00386/2015> and <https://legiscan.com/NY/bill/S00384/2015>), North Carolina (see <http://www.ncga.state.nc.us/Sessions/2015/Bills/Senate/HTML/S393v1.html>), Rhode Island (see <https://legiscan.com/RI/text/S2255/2016>), Vermont (see <https://legiscan.com/VT/text/H0527/2015>); c.f. New Hampshire (see <https://legiscan.com/NH/text/SB358/2016>), Pennsylvania (see <https://legiscan.com/PA/text/HB1278/2015>) and Virginia (<https://legiscan.com/VA/text/SB286/2016> and <https://legiscan.com/VA/drafts/HB454/2016>) (all 27.07.2016).

⁴⁰ This is the standard of proof required for a criminal prosecution in U.S. law.

⁴¹ A.M. Gershowitz, "Google Glass While Driving", 47 Arizona State Law Journal (Ariz. St. L.J. 755 (Fall 2015) pp. 791 *et seq.*, available at http://arizonastatelawjournal.org/wp-content/uploads/2015/12/Gershowitz_Final.pdf (26.07.2016).

1. (Planned) Regulation

1.1. Specific rules for wearing head-up glasses in traffic

Our research revealed no such specific rules.

1.2. Other rules applicable to wearing head-up glasses in traffic

California has several statutes which address the use of mobile devices while driving. The prohibition on the use of mobile telephones contains a specific exception for “hands-free” devices.⁴² Texting while driving is similarly prohibited “unless the electronic wireless communications device is specifically designed and configured to allow voice-operated and hands-free operation to dictate, send, or listen to a text-based communication, and it is used in that manner while driving.”⁴³ These exceptions, however, do not apply to drivers who are under the age of 18.⁴⁴

California Assembly Bill 1785, currently pending, would amend current California law to “prohibit a person from driving a motor vehicle while **holding and** operating a handheld wireless telephone or a wireless electronic communication device” and would replace the wording concerning devices “factory-installed” in the vehicle to refer to devices “embedded in the vehicle”.⁴⁵

We believe it is likely that the Glasses would qualify as “voice-operated” or “hands-free” devices and, as such, would not fall within the prohibition nor within this bill, even if passed.

California Vehicle Code §27602(a), however, provides:

A person shall not drive a motor vehicle if a television receiver, a video monitor, or a television or video screen, or any other similar means of visually displaying a television broadcast or video signal that produces entertainment or business applications, is operating and is located in the motor vehicle at a point forward of the back of the driver’s seat, or is operating and the monitor, screen, or display is visible to the driver while driving the motor vehicle.⁴⁶

It is unsettled in California law whether this language is broad enough to include Google or Heads-up glasses. Professor Gershowitz has concluded as follows.

[This statute] forbids drivers from (1) using monitors or screens (2) to view broadcast or video signals. It is not clear that Google Glass’s virtual display constitutes a screen under the first statutory requirement, and it is doubtful that the functions most often utilized with Google Glass (texting, emailing, photos, and social media) actually satisfy the second

⁴² West's Annotated California Vehicle (Ann.Cal.Vehicle) Code §23123(a) which provides as follows: “A person shall not drive a motor vehicle while using a wireless telephone unless that telephone is specifically designed and configured to allow hands-free listening and talking, and is used in that manner while driving.”

⁴³ West's Ann.Cal.Vehicle §23123.5(a).

⁴⁴ West's Ann.Cal.Vehicle Code §23124

⁴⁵ For the complete text of the proposed Bill see <https://legiscan.com/CA/text/AB1785/2015> (26.07.2016).

⁴⁶ Available at http://leginfo.legislature.ca.gov/faces/codes_displaySection.xhtml?sectionNum=27602.&lawCode=VEH, also at <http://codes.findlaw.com/ca/vehicle-code/veh-sect-27602.html> (25.07.2016).

requirement that there be a “broadcast or video signal.” Put simply, Google Glass falls in a gap between California’s distracted driving statutes.⁴⁷

2. Judicial and administrative practice

As a general rule, violation of a statute, although not *per se* negligent as a matter of law, may give rise to a presumption of negligence.⁴⁸

In a 2011 case, the California Court of Appeals held that “[t]he term “drive,” as used in [Cal. Vehicle Code §23123], requires proof of volitional movement, but the phrase “while driving” does not require movement contemporaneous with the prohibited activity at all times. Thus, a defendant’s act of listening to messages on a hand-held wireless telephone while stopped at a traffic light was done “while driving” and violated the statute.”⁴⁹

In October of 2013, in what appears to be the only directly relevant case, Cecilia Abadie, was given a ticket in San Diego pursuant to the above mentioned California Vehicle Code §27602(a)⁵⁰ for using Google Glass while driving. She contested the ticket and the San Diego traffic court dismissed the case due to insufficient evidence that the electronic eyewear was active while she was driving.⁵¹

3. Annex

West's Ann.Cal.Vehicle Code §23120. Temple width of glasses

No person shall operate a motor vehicle while wearing glasses having a temple width of one-half inch or more if any part of such temple extends below the horizontal center of the lens so as to interfere with lateral vision.

West's Ann.Cal.Vehicle Code §23123. Driving a motor vehicle while using a wireless telephone; penalty; exceptions

(a) A person shall not drive a motor vehicle while using a wireless telephone unless that telephone is specifically designed and configured to allow hands-free listening and talking, and is used in that manner while driving.

(b) A violation of this section is an infraction punishable by a base fine of twenty dollars (\$20) for a first offense and fifty dollars (\$50) for each subsequent offense.

(c) This section does not apply to a person using a wireless telephone for emergency purposes, including, but not limited to, an emergency call to a law enforcement agency, health care provider, fire department, or other emergency services agency or entity.

⁴⁷ A.M. Gershowitz, “Google Glass While Driving”, 47 Arizona State Law Journal 755 (Fall 2015) p. 756.

⁴⁸ *Alarid v. Vanier*, 50 California (Cal.) 2d 617, 327 Pacific Reporter (P.) 2d 897 (1958); *Gallup v. Sparks-Mundo Engineering Co.*, 43 Cal. 2d 1, 271 P.2d 34 (1954); *Tossmann v. Newman*, 37 Cal. 2d 522, 233 P.2d 1 (1951); *Casey v. Russell*, 138 California Appellate Reports (Cal. App.) 3d 379, 188 California Reporter (Cal. Rptr.) 18 (4th Dist. 1982); *Shuff v. Irwindale Trucking Co.*, 62 Cal. App. 3d 180, 132 Cal. Rptr. 897 (2d Dist. 1976).

⁴⁹ *People v. Nelson*, 200 Cal. App. 4th 1083, 132. Cal. Rptr. 3d 856 (1st Dist. 2011), *review denied*, (Feb. 29, 2012).

⁵⁰ See discussion *supra* under Section 1.2.

⁵¹ C-Net “Woman cleared of driving while Glassing” 16.01.2014, available at: <http://www.cnet.com/news/woman-cleared-of-driving-while-glassing/> (25.07.2016)

(d) This section does not apply to an emergency services professional using a wireless telephone while operating an authorized emergency vehicle, as defined in Section 165, in the course and scope of his or her duties.

(e) This section does not apply to a person driving a schoolbus or transit vehicle that is subject to Section 23125.

(f) This section does not apply to a person while driving a motor vehicle on private property.

(g) This section shall become operative on July 1, 2011.

West's Ann.Cal.Vehicle §23123.5. Driving motor vehicle while writing, sending or reading text-based communication; exceptions; penalty

(a) A person shall not drive a motor vehicle while using an electronic wireless communications device to write, send, or read a text-based communication, unless the electronic wireless communications device is specifically designed and configured to allow voice-operated and hands-free operation to dictate, send, or listen to a text-based communication, and it is used in that manner while driving.

(b) As used in this section "write, send, or read a text-based communication" means using an electronic wireless communications device to manually communicate with any person using a text-based communication, including, but not limited to, communications referred to as a text message, instant message, or electronic mail.

(c) For purposes of this section, a person shall not be deemed to be writing, reading, or sending a text-based communication if the person reads, selects, or enters a telephone number or name in an electronic wireless communications device for the purpose of making or receiving a telephone call or if a person otherwise activates or deactivates a feature or function on an electronic wireless communications device.

(d) A violation of this section is an infraction punishable by a base fine of twenty dollars (\$20) for a first offense and fifty dollars (\$50) for each subsequent offense.

(e) This section does not apply to an emergency services professional using an electronic wireless communications device while operating an authorized emergency vehicle, as defined in Section 165, in the course and scope of his or her duties.

West's Ann.Cal.Vehicle Code §23124. Driving motor vehicle while using wireless telephone or electronic wireless communications device; minor drivers; penalty; enforcement; exceptions

(a) This section applies to a person under the age of 18 years.

(b) Notwithstanding Sections 23123 and 23123.5, a person described in subdivision (a) shall not drive a motor vehicle while using a wireless telephone or an electronic wireless communications device, even if equipped with a hands-free device.

(c) A violation of this section is an infraction punishable by a base fine of twenty dollars (\$20) for a first offense and fifty dollars (\$50) for each subsequent offense.

(d) A law enforcement officer shall not stop a vehicle for the sole purpose of determining whether the driver is violating subdivision (b).

(e) Subdivision (d) does not prohibit a law enforcement officer from stopping a vehicle for a violation of Section 23123 or 23123.5.

(f) This section does not apply to a person using a wireless telephone or a mobile service device for emergency purposes, including, but not limited to, an emergency call to a law enforcement agency, health care provider, fire department, or other emergency services agency or entity.

(g) For the purposes of this section, "electronic wireless communications device" includes, but is not limited to, a broadband personal communication device, specialized mobile radio device, handheld device or laptop computer with mobile data access, pager, and two-way messaging device.

California Vehicle Code §27602.

(a) A person shall not drive a motor vehicle if a television receiver, a video monitor, or a television or video screen, or any other similar means of visually displaying a television broadcast or video signal that produces entertainment or business applications, is operating and is located in the motor vehicle at a point forward of the back of the driver's seat, or is operating and the monitor, screen, or display is visible to the driver while driving the motor vehicle.

(b) Subdivision (a) does not apply to the following equipment when installed in a vehicle:

- (1) A vehicle information display.
- (2) A global positioning display.
- (3) A mapping display.
- (4) A visual display used to enhance or supplement the driver's view forward, behind, or to the sides of a motor vehicle for the purpose of maneuvering the vehicle.
- (5) A television receiver, video monitor, television or video screen, or any other similar means of visually displaying a television broadcast or video signal, if that equipment satisfies one of the following requirements:
 - (A) The equipment has an interlock device that, when the motor vehicle is driven, disables the equipment for all uses except as a visual display as described in paragraphs (1) to (4), inclusive.
 - (B) The equipment is designed, operated, and configured in a manner that prevents the driver of the motor vehicle from viewing the television broadcast or video signal while operating the vehicle in a safe and reasonable manner.
- (6) A mobile digital terminal that is fitted with an opaque covering that does not allow the driver to view any part of the display while driving, even though the terminal may be operating, installed in a vehicle that is owned or operated by any of the following:
 - (A) An electrical corporation, as defined in Section 218 of the Public Utilities Code.
 - (B) A gas corporation, as defined in Section 222 of the Public Utilities Code.
 - (C) A sewer system corporation, as defined in Section 230.6 of the Public Utilities Code.
 - (D) A telephone corporation, as defined in Section 234 of the Public Utilities Code.
 - (E) A water corporation, as defined in Section 241 of the Public Utilities Code.
 - (F) A local publicly owned electric utility, as defined in Section 224.3 of the Public Utilities Code.
 - (G) A city, joint powers agency, or special district, if that local entity uses the vehicle solely in the provision of sewer service, gas service, water service, or wastewater service.

(c) Subdivision (a) does not apply to a mobile digital terminal installed in an authorized emergency vehicle or to a motor vehicle providing emergency road service or roadside assistance.

(d) Subdivision (a) does not apply to a mobile digital terminal installed in a vehicle when the vehicle is deployed in an emergency to respond to an interruption or impending interruption of electrical, natural gas, telephone, sewer, water, or wastewater service, and the vehicle is owned or operated by any of the following:

- (1) An electrical corporation, as defined in Section 218 of the Public Utilities Code.
- (2) A gas corporation, as defined in Section 222 of the Public Utilities Code.
- (3) A sewer system corporation, as defined in Section 230.6 of the Public Utilities Code.
- (4) A telephone corporation, as defined in Section 234 of the Public Utilities Code.
- (5) A water corporation, as defined in Section 241 of the Public Utilities Code.
- (6) A local publicly owned electric utility, as defined in Section 224.3 of the Public Utilities Code.
- (7) A city, joint powers agency, or special district, if that local entity uses the vehicle solely in the provision of sewer service, gas service, water service, or wastewater service.

E. VEREINIGTE STAATEN (WEST VIRGINIA)

1. (Planned) Regulation

1.1. Specific rules for wearing head-up glasses in traffic

House Bill 3057⁵², introduced on 22 March 2013, would have specifically prohibited using “a wearable computer with head mounted display” (defined as “a computing device which is worn on the head and projects visual information into the field of vision of the wearer”) while driving but did not become law. A first offense would have been punishable by a fine of \$100; a second offense by a fine of \$200; and a third or subsequent offense by a fine of \$300.

1.2. Other rules applicable to wearing head-up glasses in traffic

Pursuant to West Virginia Code §17C-14-15 only hands-free electronic communications devices may be used while driving or operating a motor vehicle.⁵³ Texting, as defined below, while driving is prohibited.⁵⁴

"Texting" means manually entering alphanumeric text into, or reading text from, an electronic communication device, and includes, but is not limited to, short message service, e-mailing, instant messaging, a command or request to access a World Wide Web page or engaging in any other form of electronic text retrieval or entry, for present or future communication.⁵⁵

While some Google Glass applications may fall within these prohibitions, drivers are likely still permitted to view photos, watch videos and take pictures.⁵⁶ This distinction between permitted and prohibited functions of the Glasses is likely to make prosecution of an alleged violation extremely difficult as evidence of the specific use engaged in by the driver at a particular time will not be easy to produce.⁵⁷

West Virginia also has a statute prohibiting the operation of a vehicle “equipped with a television receiver, video monitor, television or video screen unless the receiver, screen or monitor is configured so that the moving images are not in view of the operator while the vehicle is in motion.”⁵⁸ By its terms, this prohibition would not apply to Google or Head-up Glasses because they rest on the driver’s face rather than the vehicle being “equipped” with them. It cannot, however, be excluded that a court would follow the “spirit” rather than the “letter” of the law and hold that, because the images projected in front of the driver’s eye are distracting in a manner similar to a fixed screen, the prohibition should be extended to the Glasses notwithstanding the “equipped with” language. Such an interpretation might, however, be vulnerable to a claim that it violates the basic tenet that criminal prohibitions must be clear and unambiguous.⁵⁹

⁵² See http://www.legis.state.wv.us/bills_text.cfm?billdoc=HB3057%20intr.htm&yr=2014&sesstype=RS&i=3057 (26.07.2016).

⁵³ West Virginia Code §17C-14-15(a)(2).

⁵⁴ West Virginia Code §17C-14-15(a)(1).

⁵⁵ West Virginia Code §17C-14-15(b)(7).

⁵⁶ Gershowitz, *op. cit.*, 47 Ariz. St. L.J. at 766.

⁵⁷ *Ibid.*

⁵⁸ West Virginia Code §17C-15-42(a).

⁵⁹ Gershowitz, *op.cit.* at 776, citing Justice Holmes: “When a rule of conduct is laid down in words that evoke in the common mind only the picture of vehicles moving on land, the statute should not be extended to aircraft simply because it may seem to us that a similar policy applies, or upon the

House Bills 4179⁶⁰ and 4462⁶¹ were introduced in January and February, respectively, of this year. House Bill 4179 would remove televisions from the definition of “covered electronic device” under the current law. House Bill 4462 would increase the penalties by adding points on driver’s licenses for using electronic communications devices while operating a motor vehicle.⁶²

2. Judicial and administrative practice

Our research revealed no such cases.

3. Annex

West Virginia Code §17C-14-15. Prohibited use of an electronic communications device; driving without handheld features; definitions; exceptions; penalties

(a) Except as provided in subsection (c) of this section, a person may not drive or operate a motor vehicle on a public street or highway while:

- (1) Texting; or
- (2) Using a cell phone or other electronic communications device, unless the use is accomplished by hands-free equipment.

(b) For purposes of this section, the following terms shall mean:

- (1) "Cell phone" shall mean a cellular, analog, wireless or digital telephone.
- (2) "Driving" or "operating a motor vehicle" means operating a motor vehicle, with the motor running, including while temporarily stationary because of traffic, a traffic control device, or other momentary delays, but does not include operating a motor vehicle after the driver has moved the vehicle to the side of, or off, a highway and halted in a location where the vehicle can safely remain stationary.
- (3) "Electronic communication device" means a cell telephone, personal digital assistant, electronic device with mobile data access, laptop computer, pager, broadband personal communication device, two-way messaging device, electronic game, or portable computing device. For the purposes of this section, an "electronic communication device" does not include:
 - (A) Voice radios, mobile radios, land mobile radios, commercial mobile radios or two way radios with the capability to transmit and receive voice transmissions utilizing a push-to-talk or press-to-transmit function; or
 - (B) Other voice radios used by a law-enforcement officer, an emergency services provider, an employee or agent of public safety organizations, first responders, Amateur Radio Operators (HAM) licensed by the Federal Communications Commission and school bus operators.
- (4) "Engaging in a call" means when a person talks into or listens on an electronic communication device, but shall not include when a person dials or enters a phone number on a pushpad or screen to initiate the call.

speculation that if the legislature had thought of it, very likely broader words would have been used.” *McBoyle v. United States*, 283 U.S. 25, 27 (1931).

⁶⁰ See <https://legiscan.com/WV/text/HB4179/2016>.

⁶¹ See <https://legiscan.com/WV/text/HB4462/2016>.

⁶² Penalty points are added to a driver’s West Virginia driving record according to the severity of the traffic violation. Accumulated points can lead to a suspension or revocation of a West Virginia driver’s license. See West Virginia Department of Motor Vehicles website at <http://www.dmv.org/wv-west-virginia/point-system.php> (26.07.2016).

(5) "Hands-free electronic communication device" means an electronic communication device that has an internal feature or function, or that is equipped with an attachment or addition, whether or not permanently part of such electronic communication device, by which a user engages in a call without the use of either hand or both hands.

(6) "Hands-free equipment" means the internal feature or function of a hands-free electronic communication device or the attachment or addition to a hands-free electronic communication device by which a user may engage in a call or text without the use of either hand or both hands.

(7) "Texting" means manually entering alphanumeric text into, or reading text from, an electronic communication device, and includes, but is not limited to, short message service, e-mailing, instant messaging, a command or request to access a World Wide Web page or engaging in any other form of electronic text retrieval or entry, for present or future communication. For purposes of this section, "texting" does not include the following actions:

(A) Reading, selecting or entering a telephone number, an extension number, or voicemail retrieval codes and commands into an electronic device by the pressing the device in order to initiate or receive a phone call or using voice commands to initiate or receive a telephone call;

(B) Inputting, selecting or reading information on a global positioning system or navigation system; or

(C) Using a device capable of performing multiple functions, including fleet management systems, dispatching devices, smart phones, citizens band radios or music players, for a purpose that is not otherwise prohibited in this section.

(8) "Using a cell phone or other electronic communication device" means holding in a person's hand or hands an electronic communication device while:

(A) Viewing or transmitting images or data;

(B) Playing games;

(C) Composing, sending, reading, viewing, accessing, browsing, transmitting, saving or retrieving e-mail, text messages or other electronic data; or

(D) Engaging in a call.

(c) Subsection (a) of this section shall not apply to:

(1) A law-enforcement officer, a firefighter, an emergency medical technician, a paramedic or the operator of an authorized emergency vehicle in the performance of their official duties;

(2) A person using an electronic communication device to report to appropriate authorities a fire, a traffic accident, a serious road hazard, or a medical or hazardous materials emergencies.

(3) The activation or deactivation of hands-free equipment or a function of hands-free equipment.

(d) This section does not supersede the provisions of section three-a, article two, chapter seventeen-b of this code or any more restrictive provisions for drivers of commercial motor vehicles prescribed by the provisions of chapter seventeen-e of this code or federal law or rule.

(e) Any person who violates the provisions of subsection (a) of this section is guilty of a traffic offense and, upon conviction thereof, shall for a first offense be fined \$100; for a second offense be fined \$200; and for a third or subsequent offense be fined \$300. No court costs or other fees shall be assessed for a violation of subsection (a) of this section.

(f) Notwithstanding any other provision of this code to the contrary, points may not be entered on any driver's record maintained by the Division of Motor Vehicles as a result of a violation of this section, except for the third and subsequent convictions of the offense, for which three points shall be entered on any driver's record maintained by the Division of Motor Vehicles.

(g) Driving or operating a motor vehicle on a public street or highway while texting shall be enforced as a primary offense. Driving or operating a motor vehicle on a public street or highway while using a cell phone or other electronic communication device without hands-free equipment shall be enforced

as a secondary offense until July 1, 2013, when it shall be enforced as a primary offense for purposes of citation.

(h) Within ninety days of the effective date of this section, the Department of Transportation shall cause to be erected signs upon any highway entering the state of West Virginia on which a welcome to West Virginia sign is posted, and any other highway where the Division of Highways deems appropriate, posted at a distance of not more than one mile from each border crossing, each sign to bear an inscription clearly communicating to motorists entering the state that texting, or the use of a wireless communication device without hands-free equipment, is illegal within this state.

(i) Nothing contained in this section shall be construed to authorize seizure of a cell phone or electronic device by any law-enforcement agency.

(j) No policy providing liability coverage for personal lines insurance shall contain a provision which may be used to deny coverage or exclude payment of any legal damages recoverable by law for injuries proximately caused by a violation of this section, as long as such amounts are within the coverage limits of the insured.

West Virginia Code §17C-15-42. Video screens, video monitors and television receivers in view of driver prohibited; exceptions.

(a) No motor vehicle may be operated on a street or highway in this state when equipped with a television receiver, video monitor, television or video screen unless the receiver, screen or monitor is configured so that the moving images are not in view of the operator while the vehicle is in motion, or it falls within one or more of the categories set forth in subsections (b) or (c) of this section.

(b) This prohibition does not apply to the following equipment installed in a vehicle:

- (1) A visual display if it does not show video or television broadcast images in view of the operator while the motor vehicle is in motion;
- (2) A global positioning device;
- (3) A mapping display;
- (4) A visual display used to enhance or supplement the driver's view forward, behind or to the sides of a motor vehicle for the purpose of maneuvering the vehicle;
- (5) A visual display used to enhance or supplement a driver's view of vehicle occupants; or
- (6) Television-type receiving equipment used exclusively for safety or traffic engineering information.

(c) A television receiver, video monitor, television or video screen or other similar means of visually displaying a television broadcast or video signal is not prohibited if the equipment has an interlock device that, when the motor vehicle is driven, disables the equipment for all uses except as a visual display described in subdivisions (1) through (6) of subsection (b) of this section. §17C-15-43. Vehicles to be equipped with safety belts.

No dealer in new or used automobiles shall sell, lease, transfer or trade, at retail, any passenger automobile which is manufactured after January one, one thousand nine hundred sixty-five, unless such vehicle is equipped with safety seat belts for the front seat, which seat belts shall meet the standards set and approved by the Society of Automotive Engineers, Inc.

IV. VERGLEICHENDE BEMERKUNGEN

1. Tabellarische Übersicht

	Deutschland	Frankreich	Vereinigtes Königreich	USA: Kalifornien	USA: West Virginia
1.1. Regelung von <i>Head-up Glasses</i>	(-) - keine (geplante) ausdrückliche Regelung	(-) - keine (geplante) ausdrückliche Regelung	(-) - keine ausdrückliche Regelung - Gerüchte über Reformpläne bisher nicht bestätigt	(-) - keine (geplante) ausdrückliche Regelung	WVHB 3057 (nicht beschlossen) - vorgeschlagen 2013 - tragbarer Computer mit kopfgestütztem Bildschirm verboten - definiert Gerät als Computergerät, welches auf dem Kopf getragen wird und visuelle Informationen in das Sichtfeld des Trägers projiziert - Verstoss : erstes Mal \$100, zweites Mal \$200, weiteres Mal \$300
1.2. Andere anwendbare Regelungen	§ 23 Abs. 1 StVO - technische Geräte verboten, sofern sie Sicht oder Gehör des Fahrers beeinträchtigen	Art. R. 412-6-2 CR - Bildschirme im Sichtfeld des Fahrers grundsätzlich verboten - Ausnahme : Fahr- und Navigationshilfen	RTA 1988, sect. 2 - Verbot des gefährlichen Fahrens - Beispiele : Zeitung/ Landkarte lesen, handgehaltene oder	CalVC §27602(a) - für Fahrer sichtbare Fernseh-/ Videoübertragung für Unterhaltung oder Geschäft verboten	WVC §17C-14-15 - handgehaltene elektronische Geräte verboten - elektronischen Text schreiben verboten

	- ob Beeinträchtigung vorliegt muss im Einzelfall entschieden werden - Ausnahme: Mobiltelefone und Anzeige von Verkehrsüberwachungsgeräten sind stets verboten - Verstoss: Ordnungswidrigkeit, 5-1'000 EUR Geldbusse	- Verstoss: bis zu 1'500 EUR Geldbusse, Einziehung des Geräts, 3 Strafpunkte Art. R. 412-6-1 CR - Tragen von tonerzeugenden Geräten am Ohr grundsätzlich verboten - Ausnahme: Hilfsmittel für Hörgeschädigte - Verstoss: bis zu 750 EUR Geldbusse Art. R. 412-6 CR - durch Objekte eingeschränktes Sichtfeld des Fahrers grundsätzlich verboten - Verstoss: bis zu 150 EUR Geldbusse	andere elektronische Geräte bedienen - Verstoss: Geldbusse und/ oder bis zu 2 Jahren Freiheitsstrafe sowie mind. 2 Jahre Fahrverbot und erneute Prüfung RTA 1988, sect. 3 - Verbot des unvorsichtigen/ rücksichtslosen Fahrens - Beispiele: handgehaltene elektronische Geräte bedienen - Verstoss: Geldbusse und 3-9 Strafpunkte und/ oder vorübergehendes Fahrverbot RTA 1988, sect. 41D(b) - handgehaltene Telefone oder andere interaktive handgehaltene Kommunikationsgeräte grundsätzlich verboten - Verstoss: 100 GBP und 3 Strafpunkte	CalVC §23123(a) - Benutzung von Mobiltelefonen grundsätzlich verboten - Ausnahme: Freisprechgeräte, sofern Fahrer über 18 Jahre alt (i.V.m. §23124) CalVC §23123.5(a) - SMS schreiben grundsätzlich verboten - Ausnahme: Gerät ist dazu gedacht und eingerichtet, geschriebene Kommunikation per Freisprechsystem auszuführen, sofern Fahrer über 18 Jahre alt (i.V.m. §23124) CalAB 1785 (noch nicht beschlossen) - Halten und Benutzen handgehaltener Mobiltelefone/ kabelloser elektronischer Kommunikationsgeräte verboten	WVC §17C-15-42(a) - Fernseh- und Videogeräte verboten, sofern die bewegten Bilder im Sichtfeld des Fahrers sind - Fahrzeug muss mit diesem Gerät ausgestattet sein WVHB 4179 - 2016 eingeführt - nimmt Fernseher von der Definition abgedeckter elektronischer Geräte im REAP aus WVHB 4462 - 2016 eingeführt - erhöht Strafe durch Hinzufügen von Strafpunkten bei Benutzung elektronischer Kommunikationsgeräte
--	--	---	---	--	---

			- vermutlich nicht einschlägig RTA 1988, sect. 41D(a) - Fahren mit eingeschränkter Sicht auf Strasse und Strassenverkehr grundsätzlich verboten - Verstoss : 100 GBP und 3 Strafpunkte - vermutlich nicht einschlägig	- Ausnahme : vom Hersteller im Fahrzeug eingebaute Geräte	
2. Gerichts-/Verwaltungspraxis	(-) - keine einschlägigen Fälle aus der Praxis bekannt	(-) - keine einschlägigen Fälle aus der Praxis bekannt	(-) - keine einschlägigen Fälle aus der Praxis bekannt	Fahren mit Google Glass - 2013, Verkehrsgericht San Diego, CalVC §27602(a) - Strafzettel für Fahren mit <i>Google Glass</i> - Verkehrsgericht San Diego hebt Strafzettel auf , da Benutzung der <i>Googles Glass</i> bei der Fahrt nicht bewiesen werden kann „Während des Fahrens“ - 2011, Kalifornisches Berufungsgericht, CalVC §23123	(-) - keine einschlägigen Fälle aus der Praxis bekannt

				- „ während des Fahrens “ liegt auch vor, wenn sich das Fahrzeug während der verbotenen Handlung gerade nicht bewegt (z.B. Nachrichten auf handgehaltenem Mobiltelefon abhören während des Wartens an einer Ampel)	
--	--	--	--	---	--

Abkürzungen: Abs. = Absatz; Art. = Artikel; CalAB 1785 = *California Assembly Bill 1785* (USA: Kalifornien); CalVC = *California Vehicle Code* (USA: Kalifornien); CR = *Code de la route* (Frankreich); i.V.m. = in Verbindung mit; mind. = mindestens; R. = *Règle*; REAP = *A. James Manchin Rehabilitation Environmental Action Plan* (USA: West Virginia); RTA 1988 = *Road Traffic Act 1988* (Vereinigtes Königreich); sect. = *Section*; StVO = Strassenverkehrsordnung (Deutschland); WVC = *West Virginia Code* (USA: West Virginia); WVHB = *West Virginia House Bill*; z.B. = zum Beispiel.

2. Bemerkungen

Derzeit existieren **weder in Deutschland noch in Frankreich noch im Vereinigten Königreich noch in Kalifornien Vorschriften, die das Tragen digitaler Brillen, sogenannter *Head-up Glasses*, im Strassenverkehr regeln.** Solche Vorschriften scheinen bisher auch **nicht geplant** zu sein, insbesondere wurden entsprechende Berichte in der englischen Presse nicht bestätigt. In **West Virginia** hingegen wurde ein **Vorschlag eingebracht**, das Tragen von *Head-up Glasses* im Strassenverkehr rechtlich zu regeln. Dieser Vorschlag wurde **bisher allerdings nicht angenommen** und stellt daher kein gültiges Recht dar. Der Entwurf sah vor, **tragbare Computer mit kopfgestütztem Bildschirm beim Fahren zu verbieten**, wobei er diese näher definierte als Computergeräte, die auf dem Kopf getragen werden und visuelle Informationen in das Sichtfeld der tragenden Person projizieren. Bei einem **Verstoss** gegen dieses Verbot sah der Entwurf eine **Geldbusse** in Höhe von \$100 vor, beim zweiten Verstoss in Höhe von \$200 und bei jedem weiteren Verstoss in Höhe von \$300.

In allen Staaten gibt es allgemeine **strassenverkehrsrechtliche Regelungen**, die auf das Tragen von *Head-up Glasses* im Strassenverkehr Anwendung finden könnten. **Mangels einschlägiger Fälle aus der Gerichts- oder Verwaltungspraxis in Deutschland, Frankreich, England und West Virginia** sowie mangels wissenschaftlicher Veröffentlichungen zu diesem Thema handelt es sich hierbei allerdings ausschliesslich um Vermutungen seitens der Autoren der jeweiligen Länderberichte. Lediglich aus **Kalifornien** ist ein **Fallbeispiel** aus der Praxis bekannt, welches im folgenden Absatz näher beschrieben wird.

Demnach haben die verkehrsrechtlichen Vorschriften Deutschlands, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs sowie Kaliforniens und West Virginias gemein, dass **Sicht und teilweise auch Gehör der fahrenden Person grundsätzlich nicht eingeschränkt** sein dürfen. Die am weitesten formulierten Regelungen finden sich im Strassenverkehrsgesetz des **Vereinigten Königreichs** (*Road Traffic Act 1988*), welches das gefährliche Fahren sowie das unvorsichtige und rücksichtslose Fahren unter Strafe stellt. Massgebend scheint hier also zu sein, inwiefern das Tragen digitaler Brillen die **Aufmerksamkeit der fahrenden Person beeinträchtigt**. Die speziellen Vorschriften zum Fahren mit einem handgehaltenen Kommunikationsgerät oder mit eingeschränkter Sicht treten vermutlich hinter den genannten Regelungen zurück und scheinen auf das Tragen von *Head-up Glasses* nicht anwendbar. Etwas spezifischer ist die **deutsche** Strassenverkehrsordnung, wonach technische Geräte in dem Umfang verboten sind, wie sie **Sicht und Gehör der fahrenden Person beeinträchtigen**. Ob dies der Fall ist, muss jedoch im **Einzelfall** entschieden werden. Die spezifischen Verbote für das Verwenden von Mobiltelefonen und von Geräten, die Verkehrsüberwachungsanlagen anzeigen, lassen sich nicht auf das Tragen digitaler Brillen ausweiten. Das **kalifornische** Recht hingegen stellt ausschliesslich auf die **Sicht** der fahrenden Person ab und verbietet hierbei lediglich sichtbare **Fernseh- und Videoübertragungen zu Unterhaltungs- oder geschäftlichen Zwecken**. Auf dieser Grundlage wurde einer Frau wegen Fahrens mit *Google Glass* ein **Strafzettel** erteilt. Auf Widerspruch der betroffenen Frau hin hob das örtliche Verkehrsgericht den Strafzettel jedoch auf. Grund hierfür war, dass **nicht bewiesen** werden konnte, dass die *Google Glass* während des Fahrens **tatsächlich eingeschaltet** waren. Weitere kalifornische Vorschriften, insbesondere das Verbot beim Fahren handgehaltene Mobiltelefone zu benutzen oder Textnachrichten zu schreiben, scheinen auf das Tragen digitaler Brillen nicht anwendbar zu sein. Dem kalifornischen Recht vergleichbare, jedoch etwas detailliertere Regelungen finden sich auch im Recht **West Virginias**. Dieses verbietet **Fernseh- und Videogeräte**, sofern sich die **bewegten Bilder im Sichtfeld der fahrenden Person** befinden. Allerdings verlangt die Norm, dass das **Fahrzeug mit diesem Gerät ausgestattet** sein muss. Daher ist fraglich, inwiefern diese Vorschrift auf *Head-up Glasses* anwendbar wäre. Zudem ist auch das Benutzen **handgehaltener elektronischer Geräte** sowie das **Schreiben elektronischer Texte** beim Fahren verboten. Schliesslich finden sich die detailliertesten Regelungen im **französischen** Strassenverkehrsgesetz (*Code de la*

route). Hier existieren separate Verbote für **Bildschirme im Sichtfeld**, sofern es sich **nicht um Navigations- oder Fahrhilfen** handelt, sowie für **tonerzeugende Geräte am Ohr** der fahrenden Person. Auch das Sichtfeld durch andere Objekte einzuschränken ist grundsätzlich verboten. Im französischen Recht stellt sich daher die Frage, **ob digitale Brillen Navigationshilfen darstellen** und somit vom Bildschirmverbot ausgenommen sind und **ob die Brillen Töne erzeugen**.

Der **Strafrahmen** bei Verstoss gegen die genannten Vorschriften ist in den beiden US-amerikanischen Gliedstaaten **Kalifornien** und **West Virginia** vergleichsweise gering. Dort beträgt die Geldbusse beim ersten Verstoss **\$20** (Kalifornien) beziehungsweise **\$100** (West Virginia), ab einem zweiten Verstoss erhöht sich die Strafe auf **\$50** beziehungsweise **\$200**. West Virginia sieht noch eine weitere Erhöhung ab dem dritten Verstoss auf **\$300** vor. Schon etwas höher ist der Strafrahmen in **Frankreich** und **Deutschland**. Beide sehen eine **Geldbusse in vergleichbarem Rahmen** vor: Frankreich bis zu **1'500 EUR** für Bildschirme im Sichtfeld und bis zu **750 EUR** für tonerzeugende Geräte am Ohr, Deutschland bis zu **1'000 EUR** für technische Geräte, die Sicht oder Gehör beschränken. Der im Vergleich hohe Strafrahmen von **bis zu 2 Jahren Freiheitsstrafe und/oder einer Geldbusse** im **Vereinigten Königreich** für gefährliches Fahren ist auf die Weite des Tatbestandes zurück zu führen, welcher beispielsweise auch Zeitunglesen während des Fahrens erfasst. Der etwas mildere Straftatbestand des unvorsichtigen oder rücksichtslosen Fahrens nennt als Strafe lediglich eine Geldbusse. Sowohl **Frankreich** als auch das **Vereinigte Königreich** sehen darüber hinaus zum Teil **Strafpunkte im jeweiligen Fahrerlaubnisregister** vor, das **Vereinigte Königreich** zum Teil sogar ein **Fahrverbot**.

SCHWEIZERISCHES INSTITUT FÜR RECHTSVERGLEICHUNG

Prof. Dr. Christina Schmid
Direktorin

Dr. Johanna Fournier
Referentin

Projektleitung

Dr. Johanna Fournier, LLM
*Referentin für deutschsprachige
Rechtsordnungen*

Deutschland

Dr. Johanna Fournier, LLM
*Referentin für deutschsprachige
Rechtsordnungen*

Frankreich

Carole Viennet
*Referentin für französischsprachige
Rechtsordnungen*

Vereinigtes Königreich (England)

John Curran, LLM
*Referent für englischsprachige
Rechtsordnungen*

US Gliedstaaten: Kalifornien und West Virginia

Karen Topaz Druckman
*Referentin für amerikanische
Rechtsordnungen*